



Justizmodell in OstWestfalenLippe

Oberlandesgericht Hamm



Das Projekt „Justizmodell in OstWestfalenLippe“ ist ein Teilprojekt in der Modellregion OstWestfalenLippe.

Hintergrund

2002 hat die OstWestfalenLippe Marketing GmbH die Initiative „Wirtschaftsnahe Verwaltung“ gestartet. Diese Initiative soll einen kräftigen Impuls setzen und den Unternehmen in OWL „mehr Luft zum Atmen“ geben. Durch den Abbau von Vorschriften und eine dienstleistungsorientierte Verwaltung soll Wachstum und Beschäftigung in der Region nachhaltig gestärkt werden.

Die OstWestfalenLippe Marketing GmbH ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke, der Stadt Bielefeld und der Wirtschaft der Region. Die Wirtschaft wird repräsentiert durch den „Unternehmen für OWL – Marketing e. V.“. Generelle Aufgabe der Gesellschaft ist, OstWestfalenLippe im Standortwettbewerb der Regionen als leistungsstarken Wirtschaftsstandort mit hoher Lebensqualität zu profilieren. Primäre Ansprechpartner sind Entscheidungsträger in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Im Rahmen der Initiative „Wirtschaftsnahe Verwaltung“, die von einem bemerkenswerten Konsens wichtiger regionaler Akteure aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft getragen wird, wurde vorgeschlagen, im Wege eines Modellprojekts Rechtsvorschriften, die für das Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor bedeutsam sind, regional begrenzt und befristet auszusetzen oder zu modifizieren. Die OWL Marketing GmbH hat dazu im März 2003 einen Katalog mit 35 Vorschlägen zum Bürokratieabbau auf Landes- und Bundesebene vorgelegt, die unter dem Aspekt der Rechtsbereinigung und Deregulierung für eine befristete Aussetzung/Modifizierung im Rahmen eines regionalen Pilotprojektes in Frage kommen. Dabei geht es vor allem um die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, Erleichterungen für Existenzgründer, Deregulierungen im Statistikbereich, aber auch Lockerungen im Arbeitsrecht und in weiteren Rechtsgebieten. Mit dem Gesetz zum

Bürokratieabbau in der Modellregion OstWestfalenLippe (Bürokratieabbaugesetz OWL vom 16. März 2004) greift die Landesregierung die Vorschläge der Initiative „Modellregion OstWestfalenLippe: Wirtschaftsnaher Verwaltung“ auf, soweit sie in Landeskompetenz umsetzbar sind. Darüber hinaus hat die Landesregierung den Vorschlag der Region OWL aufgegriffen, im Verwaltungsvollzug auf die Verkürzung der Verfahrenslaufzeiten bei den Gerichten durch Einführung eines Benchmarking bei den Land- und Amtsgerichten in OWL hinzuwirken. Nach Ablauf der Modellphase sollen die Vorschläge, soweit sie sich bewährt haben, landesweit in Dauerrecht umgesetzt werden.

Das Projekt „Justizmodell in OstWestfalenLippe“

Um die Zielsetzung sinnvoll und nachhaltig erreichen zu können, sind die für die Modellregion und die Justiz in dem Gesamtprojekt liegenden Chancen zu nutzen. Der Projektauftrag für das Teilprojekt „Justizmodell in OWL“ wurde deshalb im Sinne des Gesamtprojekts umfassender definiert. Neben der Entwicklung von Alternativen und Methoden zur Verfahrensbeschleunigung ist parallel die Optimierung der Gerichtssteuerung insgesamt als Projektziel beschrieben worden, denn die möglichen Alternativen zur Verfahrensbeschleunigung auf der Rechtssprechungsebene müssen in die Gerichtsorganisation eingebunden und verankert werden, um langfristig tragfähig zu sein. Vor diesem Hintergrund ist das Hauptziel der Verfahrensbeschleunigung in zwei gleichwertige Zielsäulen untergliedert, und zwar

- die modellhafte Verfahrenssteuerung (Rechtssprechungsebene) und
- die modellhafte Gerichtssteuerung (Organisationsebene).

Diese Zielsetzungen lassen sich nur erreichen durch ein strukturiertes Qualitätsmanagement, den Aufbau eines Controllings und eine Steuerung über Kennzahlen, einen innovativen Technikeinsatz und die Umsetzung der „Neuen Steuerungsinstrumente“.

Diese Differenzierung und damit auch Konkretisierung schließt die vom Gesetzgeber formulierte methodische Vorgabe ein, das angestrebte Ziel mittels eines Benchmarkings zu verfolgen. Benchmarking kann erwünschte Verbesserungseffekte nur erzielen, wenn es in ein strukturiertes Qualitätsmanagement integriert ist. Daraus folgt, dass im Rahmen des Projekts die Messbarkeit der getroffenen Maßnahmen – im Sinne einer Erfolgskontrolle –

jederzeit im Blick zu halten ist. Dies bedingt zwingend den Aufbau eines Controllings. Das Projekt fügt sich so nahtlos in die laufenden Bemühungen um eine Modernisierung der Justiz NRW, insbesondere im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm, ein.

Für den Erfolg des Projekts ist es wichtig

- (neue) Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zu identifizieren,
- die für deren Umsetzung erforderlichen Maßnahmen und Restriktionen zu ermitteln,
- ein operatives Controlling aufzubauen,
- die neuen Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zu erproben und zu implementieren und
- alle Maßnahmen gezielt zu bewerten.

Um die Zielerreichung zu sichern, ist das Projekt an den Standorten Bielefeld, Detmold und Paderborn in unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte gegliedert.

LG – Bezirk Bielefeld	Modellhafte Gerichtssteuerung (erweiterte Führungskompetenz und Führungsverantwortung)
LG – Bezirk Detmold	Modellhafte Gerichtsteuerung (Effiziente Technik- und Ressourcennutzung)
LG – Bezirk Paderborn	Modellhafte Verfahrensteuerung

Zur weiteren Konkretisierung der genannten Arbeitsschwerpunkte sind beispielhaft folgende Arbeitziele zu benennen:

Im Bereich der modellhaften Verfahrenssteuerung (unter Beachtung des Art. 97 GG) für den Projektstandort Paderborn:

- Entwicklung alternativer Strategien zur Streiterledigung und Prozessführung
- Mediation in der Justiz
- Bildung richterlicher Qualitätszirkel
- Einbindung der Richter als Führungskräfte

Im Bereich der modellhaften Gerichtssteuerung für den Projektstandort Bielefeld:

- Erweiterte Führungskompetenz und Führungsverantwortung
- Delegation der Personalverantwortung auf die Landgerichte
- Delegation von Aufgaben innerhalb der Gerichte
- Führen durch Zielvereinbarung und Mitarbeitergespräch
- Personalmanagement
- Strukturiertes Ideenmanagement (mit Honorierungskomponente)
- Schaffung von Motivations- und Anreizsystemen im Rahmen des rechtlich Möglichen

Für den Projektstandort Detmold:

- Effiziente Ressourcennutzung durch größere Flexibilität in der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel
- Innovativer Technikeinsatz, z. B. Spracherkennungssysteme
- Erweiterung des elektronischen Postverkehrs
- Bildung von Schreibpools bei der Protokollierung im Eildienstverfahren an Gerichten

Darüber hinaus sind für alle Projektbereiche noch folgende Faktoren für die Zielerreichung von Bedeutung:

- der Aufbau von Partnerschaften und Netzwerken (z. B. Rechtsanwälte und Notare, Einwohnermelde- und Katasterämter)
- die Einbindung von Fachverbänden (z. B. im Bereich Betreuung).

Das Generalziel des Gesamtprojekts „Modellregion OWL“ macht deutlich, dass es sich nicht um ein Umsetzungs-, sondern um ein Entwicklungsprojekt handelt. Das bedeutet, dass innerhalb des Gesamtrahmens sowie der gesetzten zeitlichen Grenzen (3 Jahre) die Arbeitsziele und Maßnahmen nicht im Vorhinein konkret festgelegt sein können, sondern sukzessive entwickelt, erprobt und fortgeschrieben werden müssen. Dabei ist stets der Gesichtspunkt des Transfers zu beachten. Alle Maßnahmen, die sich im Verlauf des Projekts als erfolgreich erweisen, sollen sukzessive in den anderen Projektstandorten der Modellregion und auch in anderen Bereichen der Landesjustiz NW eingeführt werden.

Das Justizmodell OWL ist in das Gesamtprojekt der Modellregion OWL eingebunden und mit dessen verschiedenen Teilaspekten verzahnt. Um dieses sicher zu stellen, Impulse zu geben, sowie auch eine nachhaltige Wirkung

erzeugen zu können, hat das Teilprojekt „Justizmodell in OWL“ eine eigenständige Projektstruktur. Sie besteht aus einem Lenkungskreis, einer ständigen Projektleitung und einer Projektgruppe sowie einem Beirat.

Der Lenkungskreis steuert und kontrolliert die Gesamtrichtung des Projekts, trifft auf Grund von Empfehlungen der Projektgruppe Entscheidungen über wesentliche Richtung weisende Einzelschritte, stärkt das Projekt durch zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und sichert Ressourcen.

Der Projektleiter leitet das Projekt mit Unterstützung der Projektgruppe.

Die Projektgruppe koordiniert die verschiedenen Aktivitäten, erstellt Ist/Soll-Analysen und bewertet sie, initiiert einzelne Arbeitsschritte, steuert deren Verlauf und evaluiert einzelne Instrumente. Sie präsentiert das Projekt in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus hält sie Kontakt zu den anderen Modellregionen, tauscht Erfahrungen aus und bewertet sie, gewinnt Partner und entwickelt die notwendigen Netzwerke. Nicht zuletzt verwaltet sie die Projektgelder und gewinnt Sponsoren.

Um dem berechtigten Informationsinteresse aus dem Justizministerium und den anderen Mittelbehörden Rechnung zu tragen, wird – neben der operativen Projektstruktur – ein Beirat gebildet. Dem Beirat gehören jeweils eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Oberlandesgerichte Düsseldorf und Köln sowie der betroffenen Fachabteilungen des Justizministeriums an. Darüber hinaus ist der Beirat auch offen für Vertreter der Fachgerichtsbarkeiten und Staatsanwaltschaften. Ziel dieses Gremiums ist es, eine frühzeitige und kontinuierliche Information sicher zu stellen und darüber hinaus zu gewährleisten, dass der Transfer erprobter Instrumente durch ein gemeinsames Verständnis getragen wird. Ferner wird hierdurch die Nutzung von Erfahrungen im Einsatz entsprechender Instrumente, die sich in den beiden anderen Bezirken als gewinnbringend erwiesen haben, gefördert

Das Justizministerium erteilte den Projektauftrag mit Wirkung vom 01. April 2004 dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Hamm. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren.

Georg Steffens

Projektleiter „Justizmodell in OWL“

Oberlandesgericht Hamm